

Wanal wöch. Bezugspreis für Druck. 300 M. einschl. Postgeb. Angelgenpreise: Die 1. Geisp. Petzitz 80 M., Stellengefach 20 M., Die Petzitzklemme 80 M., Meter drei: 1 M. Öffentliche Gebühren für Selbstabholen 20 M., bei Überleitung durch die Post außerdem Portoabzug. Einzel-Nr. 10 M., Sonnags-Nr. 15 M., Geschäft: Tel.: Friedrich Rieger in Dresden.

Fahrräder
Preßto
Ersatzteile
billigst
M. Stirl
Dresden - A.
Wettinerstraße 43

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 21. Dezember 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Angelgenauträgen u. Leistung v. Schadensersatz. Für undurchl. u. d. Fernruf übermittl. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingeladene u. m. Rückporto nicht versuchte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptrichter: Dr. Joseph Alberi. Dresden

Ed. Wohlau
Dresden - A.
Prager Str. 34

Handschuhe
Strümpfe
Krawatten

Werkstätte, Druck und Verlag: Saxonie
Vertriebener Zeitung, Dresden - A. 1, Wallstraße 11.
Reinhard 23042. Volksblatt Dresden 14707.
Bankomat: Dresden Bank, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden - Elbtal 1, Postleitzahl 30711
und 30712.

Plastische Metallbuchstaben

SCHILDER - KNÖBEL & SOHN
Fernsprecher 17972
DRESDEN
Pillnitzer Straße 19

:- Feine Glasschilder :-

Weihnachtsbeihilfen für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner

Von Abgeordneten Andre - Stuttgart

"Das Zentrum hat es wieder geschafft", sagte dieser Tage ein demokratischer Abgeordneter zu einem Mitglied der Zentrumsfraktion. Er meinte dabei die Errichtung von Weihnachtsbeihilfen für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner. Anlässlich der Verabschiedung des Nachtragsetats zum Reichsarbeitsministerium wurden zu einmaligen Notstandsmaßnahmen für langfristige Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner 25 Millionen Mark bewilligt. Die Verteilung der Summe ist so gedacht, daß etwa 16 Millionen Mark auf die Sozialrentner, 5,5 Millionen auf die Erwerbslosen und 3,5 Millionen auf die Kleinrentner entfallen. Der Zentrumsantrag selbst lautete:

"Aus dem Betrage von 25 Millionen M. sollen als bald als einmalige Notmaßnahme gezahlt werden:

1. an die Hauptunterstützungsempfänger aus der Erwerbslosenfürsorge, soweit sie über 8 Wochen erwerbslos sind, einschließlich der Zuflussempfänger, sowie an die Empfänger von Unterstützungen, die auf Grund der Krisenfürsorge gewährt werden, ein Betrag in Höhe einer halben Wochenunterstützung.
2. an die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung ein Betrag von je 6 Reichsmark auf jede Invaliden-, Witwen- und Witwerrente und von je 3 Mark auf jede Waisenrente.
3. an die zum Empfang von Kleinrentnerfürsorge berechtigten Personen ein Betrag von je einem Drittel der Monatsunterstützung."

Vor der Antrag im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags gestellt und im Hauptausschuß endgültig verabschiedet worden ist, wurden über die Gewährung dieser Weihnachtsbeihilfen eingehende Verhandlungen mit der Reichsregierung geführt. Die Zentrumsfraktion lehnte es zwar ab, diese Weihnachtsbeihilfeaktion mit jener für die Beamtenchaft zu verbinden, weil die rechtlichen Vorausestellungen ganz anderer Art sind. Unbestreitbare Tatsache ist aber, daß die Zentrumsfraktion ganz allgemein in die Gewährung der Weihnachtszulagen für die langfristigen Erwerbslosen, die Sozial- und Kleinrentner angelegt und auch allein durchgesetzt hat. Erst als die Vereinbarung mit dem Reichskabinett vorlag, brachte das Zentrum den Antrag der Abgeordneten Teutsch, Andre, Eßer und Kerp im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages ein. Die Regierungsparteien wurden zuvor eingeladen, den Antrag mit zu unterzeichnen. Die Deutsche Volkspartei wollte zwar die Weihnachtsbeihilfe für die Sozial- und Kleinrentner bewilligen, nicht aber für die langfristigen Erwerbslosen. Das Zentrum hielt jedoch an seiner Auffassung fest und so wurde zuletzt ein Einverständnis mit dem Hauptausschuß bei der Bewilligung der Mittel innerhalb der Regierungsparteien erzielt.

Wie stets, versuchten auch hier die Sozialdemokraten und Kommunisten das Wasser auf ihre Mühlens zu lenken. Die Sozialdemokraten haben es aber unterlassen, bei den Verhandlungen über die Weihnachtszulagen an die Beamten auch nur mit einem Wort einmalige Beihilfen für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner für Weihnachten zu fordern. Als aber das Kompromiß mit der Reichsregierung (in Höhe von 20 Millionen Mark) fertig war, brachen Sozialdemokraten und Kommunisten weitergehende Anträge ein. Es ist das unbestrittene Recht der Opposition, so zu handeln. Darüber kann aber kein Zweifel bestehen, daß ohne das Vorgehen des Zentrums weder die kommunistischen noch die sozialdemokratischen Änderungs- und Erweiterungsanträge gestellt worden wären. Die Sozialdemokraten wandten sich insbesondere dagegen, daß den Kleinrentnern ein Drittel ihrer monatlichen Bezüge gewährt werden sollte. Statt 25 Millionen wollten sie 60 und die Kommunisten 80 Millionen bewilligt haben. Wie ernst der sozialdemokratische Antrag auf Bewilligung von 60 Millionen Mark für diese Notstandsaktion von der Sozialdemokratie gemeint war, ließ der Abgeordnete Hoch in seiner Rede durchblicken, in dem er der Frau Abgeordneten Teutsch zufiel: „Wenn Sie würden, daß Sie 60 Millionen durchbrächten, hätten Sie doch auch diesen Antrag gestellt!“ Das ist die beste Selbstkritik gegenüber dem sozialdemo-

Die „Bescherung“

Nötige Betrachtungen zur dritten Weihnachtsskrise — Die Deutschenationalen haben ihre große Stunde versäumt — Abermals eine Minderheitsregierung?

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Was sind wir Deutschen doch für ein „politisches“ Volk! In einem Augenblide, in welchem die deutsche Außenpolitik mit einem unzuverlässigen Erfolg abschließt, in diesem Augenblick, in welchem die französische Regierung alle Mühe, hat, sich zu halten, aber trotz schwieriger Opposition tatsächlich auch gehalten wird, in diesem selben Augenblide stürzt der deutsche Reichstag seine Regierung, die diesen Erfolg errungen hat und den Außenminister, der nicht zuletzt wegen dieser Regierungspolitik den Nobelpreis erhalten hat!

Und nun erleben wir zum dritten Male das Schauspiel, daß gerade zu Weihnachten das deutsche Volk eine „Bescherung“ in Gestalt einer Regierungskrise erhält.

In keinem anderen parlamentarischen Lande wäre es auch möglich, daß eine Gruppe von Parteien eine Regierung stürzt und das dann diese Parteien das Parlament auf Wochen auseinanderziehen lassen, wie wenn nichts geschehen wäre! In einem anderen parlamentarisch regierten Lande wäre es freilich auch nicht möglich, daß eine Regierung gestürzt würde, ohne daß diejenigen Parteien, die die Ursache dafür abgeben, nicht zuvor sich auch überlegen, was danach kommt, und wenn sie nicht schon vorher die Vorbereitungen für die Bildung einer neuen Regierung und die Übernahme der Verantwortlichkeit für die Führung der Geschäfte tragen.

Never um eine Regierung der Mitte zu schaffen, soll die Regierung der Mitte gestürzt werden, und das ist der Weihachtsleiter Schlaß für die Politik der Regierungsfürzer!

Allerdings war das Bild, das die Vorgänge um den Sturz der Regierung Marx boten, recht künstlerisch. In den der Abstimmung über das Misstrauensvotum vorangegangenen Staatsabstimmungen und besonders bei den übersteigerten, rein agitatorischen Anträgen, die weit über die Regierungsvorlage hinausgingen, haben sich Deutschenationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten immer wieder zusammengefunden, um gegen die Regierungsparteien und gegen die Regierung zu stimmen. Wie wäre es, wenn man, wie das unter parlamentarischen System ganz selbstverständlich wäre, diese Parteien eine neue Koalition bildeten, um ihre Aussichten zum Durchbruch zu bringen? Denn nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Deutschenationalen müßten im innersten überzeugt sein, und sie waren auch davon überzeugt, daß diese Antreie nicht verwirklicht werden können, ja, daß ihre Ausführung die schwersten Schäden für die Gesamtheit

des Volkes und des Landes mit sich bringen müßte. Und ebenso wird lediglich aus rein agitatorischen Gründen solchen Anträgen Weihachts nach dem Vorgange beim Reich und Staat gewährt zugetimmt. Das ist doch keine soziale, verantwortungsbewußte, sondern eine unschöne, agitatorische und dem Staatswohl abträgliche Politik.

Die Deutschenationalen haben wieder einmal eine große Stunde ungenutzt gelassen. Jetzt wäre der Augenblick gewesen, in dem sich auf der großen einheitlichen nationalen Linie die Deutschenationalen mit den Mittelparteien hätten finden können. Die ganze Krise erwuchs, abgesehen von der tatsächlich ihren legitimen Ausgangspunkt bildenden Riede des sozialdemokratischen Führers Scholz in Jänschburg, aus dem Kampf der Sozialdemokraten gegen den Wehrmachtschef Scheidemann, der Scheidemann gerichtet dann noch auf älteren Reichstagstrikone alles Vorzeichen, das übrig geblieben war, und die ein heilige Empörung des ganzen Reichstags war gegen ihn, so daß die Sozialdemokraten tatsächlich im Parlament völlig isoliert waren. Aber das sozialdemokratische Misstrauensvotum rückte sich, wenn auch daneben noch ein eigenes Misstrauensvotum gegen Scheidemann ließ, gegen die Regierung Marx, weil eben Scheidemann dieser Regierung angehörte und weil die Reichswehrpolitik dieser Regierung von den Sozialdemokraten bekämpft wurde.

Und nun sieht man die Deutschenationalen in der Abstimmung über das sozialdemokratische Misstrauensvotum Hand in Hand mit den Sozialdemokraten!

Das ist ein geradezu niederschmetterndes Bild gewesen, als sich die Deutschenationalen mit den Sozialdemokraten für Scheidemann und gegen die Reichswehr erhoben.

Selbst die Deutsche Volkspartei hat in ihrer Pressekorrespondenz ausgesprochen:

„Was werden die Deutschenationalen tun? Werden sie die Regierung im Kampf um die Reichswehr im Stich lassen, so, wie sie im Mai Dr. Luther im Kampf um die Handelsflagge fallen ließen? Wer jetzt gegen das Kabinett stimmt, der stimmt für Scheidemann!“

In einer anderen offiziellen Erklärung, die die Deutsche Volkspartei nach dem Sturz der Regierung abgab, wird ausgesprochen, daß die Deutschenationalen dem Abgeordneten Scheidemann zu einem unverdienten Erfolg verholfen hätten.

In der Tat: So liegen die Dinge. Mögen die Deutschenationalen das mit aller Überredungskunst zu bestreiten suchen. Der Effekt ist da, die Deutschenationalen haben im Lande mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten die Regierung Marx gestützt, die in einem unglaublich schweren Kampf um die Erhaltung der Reichswehr als ein nationales Instrument mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten lag!

Und für diese „Bescherung“ muß sich das ganze Deutsche Volk bei den Deutschenationalen bedanken!

sozialen Antrag! Er würde zu Agitationszwecken gestellt, an sein „Durchbringen“ glaubten die Antragsteller selbst nicht.

Im Plenum des Reichstages führte die ganze Angelegenheit zu einer ebenso gründlichen wiestellenweise scharfen Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum. Auf die zum Teil irreführende Sachdarstellung der Abgeordneten Hoch und Frau Schröder (beide Sozialdemokraten) antwortete in klarer und überzeugender Rede namens des Zentrums die Frau Abgeordnete Teutsch. Gegenüber den sozialdemokratischen Verdunklungsmannövern betonte sie einleitend, daß es Zeit sei, die breiteste Demokratie über das Zustandekommen dieser Weihnachtsnotstandsaktion zu informieren. Sie stellte unter starkem Beifall des Reichstages fest, daß die gesamte Initiative für diese Notstandsmaßnahmen vom Zentrum ausgegangen ist. Die 25 Millionen wären nicht in den Etat hineingekommen, wenn nicht das Zentrum sich für diese Aktion in zäher Armut als Partei und Fraktion in zäher Armut eingesetzt hätte. Frau Teutsch legte sodann im einzelnen dar, daß, als die Beamtenaktion vor Weihnachten gefordert wurde, sich die Zentrumsfraktion darüber klar war, daß diese nicht ge-

macht werden könnte, ohne auch an die Kreise zu denken, die man nach der Fürsorgepflichtverordnung unter die Sozialbedürftigen zählt. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen wies sodann Frau Teutsch die Unzweckmäßigkeit und Sachlichkeit Unmöglichkeit, den sozialdemokratischen Antrag zur Annahme und raschen Durchführung bringen zu können, nach. Der Zentrumsantrag verbirgt allein die Möglichkeit der Durchführung noch vor Weihnachten.

Es würde zu weit führen, auf weitere Einzelheiten einzugehen. Hier kommt es nur darauf an, festzustellen, daß der Frau Abgeordneten Teutsch der Beweis völlig gelungen ist, daß sie in der Zentrumssinitiative die langfristigen Erwerbslosen, sowie die Klein- und Sozialrentner überhaupt keine Weihachtszulage erhalten haben würden. Gewiß sind die Weihachts im Einzelfall gering. Ein Sozial in der Hand ist aber mehr wert, als eine Tonne auf dem Dach. So kann ich diese Sachdarstellung mit den Worten der Frau Teutsch im Reichstag schließen:

„Ich werde an dem, was ich gesagt habe, festhalten, in dem Bewußtsein, das Beste gewollt, und das Gute, was eben möglich war und ist, erreicht zu haben.“